



BIBS-Fraktion
im Rat der Stadt Braunschweig
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig
0531/4702183
info@bibs-fraktion.de

Braunschweig, 09. Dezember 2025

BIBS fordert Stadt auf, an Klimaneutralität bis 2030 festzuhalten!

Die BIBS-Fraktion hat zur heutigen Ratssitzung die Stadt in einem Änderungsantrag dazu aufgefordert, das Ziel der Treibhausgasneutralität 2030 für den Bereich Stadtverwaltung nicht aufzugeben. Hintergrund ist, dass die Verwaltung im Umwelt- und Grünflächenausschuss Ende November ein Konzept vorgelegt hat, das eine lineare Abnahme der Emissionen von 2023 an vorsieht, mit dem dann erst 2040 der Wert „0“ erreicht wird.

Blicken wir noch einmal zurück:

Am 5.10.2021 legte sich der Rat der Stadt Braunschweig fest: Klimaneutralität sollte „so schnell wie möglich, nach Möglichkeit bis 2030“ erreicht werden. Braunschweig wollte als Stadt der Wissenschaft Vorreiter und Vorbild für andere Städte werden! Ausdrücklich wird beim Beschluss dabei als Ziel genannt: „Klimaneutrale Verwaltung inklusive Beteiligungsgesellschaften bis 2030“. Ein Jahr später wurden dann mit dem Klimaschutzkonzept 2.0 Details festgelegt. U.a. sollte bis 2023 ein Sonderkonzept erarbeitet und beschlossen werden: „Treibhausgasneutrale Verwaltung 2030“. Inhaltlich geht es dabei vor allem um eine klimagerechte Sanierung von Schulgebäuden.

„Dieses Sonderkonzept wurde bis 2024 nicht umgesetzt, wertvolle Zeit ging verloren“, bedauert Silke Arning, die klima- und umweltpolitische Sprecherin der BIBS-Fraktion.

Dann kam es im Rahmen des aktualisierten Niedersächsischen Klimagesetzes zu der neuen Pflichtaufgabe, ein Konzept über eine klimaneutrale Verwaltung bis 2040 oder früher zu erstellen.

„Dieses Ziel wurde von der Verwaltung vielleicht sogar als gute Gelegenheit genutzt, dem starken Druck zu entkommen, innerhalb von fünf Jahren Klimaneutralität zu erreichen! Damit hat sich die Verwaltung aus dem stolz vorgelegten Ziel „Klimaneutralität 2030“ herausgemogelt“, erklärt die BIBS-Fraktionsvorsitzende weiter.

Der Vorschlag der Verwaltung ist inhaltlich nicht zu akzeptieren. Wir leben in einer Zeit zunehmender Erwärmung, die Prognosen für Mitteleuropa nennen bis Ende des Jahrhunderts +3° bis +5°, je nach Ernsthaftigkeit der Klimamaßnahmen. Temperaturen von 45° werden nur schwer auszuhalten sein.

Formal kann sich die Stadt nicht von den Entscheidungen 2021 lossagen: Es hieß, Klimaneutralität bis 2030 soll nach Möglichkeit erreicht werden.

„Wenn es nicht möglich sein sollte, müsste das die Verwaltung klar begründen. Eine solche Begründung für den Zehnjahresaufschub ist aber der Verwaltungsvorlage nicht zu entnehmen. Jedenfalls ist es seitens der Vorgaben aus Hannover nicht verboten, schon 2030 Klimaneutralität für die Verwaltung zu erreichen!“, ergänzt die BIBS-Ratsfrau.

Hinzu kommt, dass noch die Bedingung gilt: Zielerreichung so schnell wie möglich. Es ist überhaupt nicht ersichtlich, wie das vorgelegte Konzept dieser Forderung genügt.

Wie reagierte der Umwelt- und Grünflächenausschuss am 28.11.2025 auf diese Aufweichung der städtischen Klimaziele? Das Konzept wurde bei einer Gegenstimme angenommen, somit das Ziel der treibhausgasneutralen Stadtverwaltung 2030 gekippt! Die BIBS-Fraktion ist im Ausschuss nicht stimmberechtigt.

„Daher hat die BIBS für die finale Entscheidung im Rat eine Änderung des Konzepts dahingehend beantragt, dass an dem Ratsbeschluss „Klimaneutralität 2030“ von vor vier Jahren festgehalten wird. Besonders die damals zustimmenden Fraktionen von SPD und Grünen sollten sich heute daran erinnern, daher die Verwaltungsvorlage ablehnen und unserem Antrag zustimmen“, so Silke Arning abschließend.